

WORKSHOP 1 Partizipation von Flüchtlingen und MigrantInnen in der Tschechischen Republik

Auch nach ihrem EU-Beitritt beherbergt die Tschechische Republik vergleichsweise wenige Flüchtlinge. Migration und Asyl sind in der politischen und sozialen Debatte Randthemen. Die tschechische Flüchtlingshilfsorganisation OPU bemüht sich daher vor allem um Bewusstseinsbildung.

Von Eva Holá

Organization for Aid to Refugees (kurz OPU) ist eine Nicht-Regierungsorganisation. Sie wurde 1991 gegründet und ist seitdem eine ziemlich große und höchst professionelle Organisation geworden. Derzeit haben wir 25 Angestellte, nicht nur in Prag, sondern auch in Brünn und zwei weiteren Städten, České Budějovice und Plzeň.

Wir besuchen regelmäßig Flüchtlingslager, Integrationszentren und die Transiträume am Flughafen. Unsere Anwälte versorgen AusländerInnen (inklusive Flüchtlinge) mit den notwendigen Informationen zu Unterbringung, Asyl- und Gerichtsverfahren. In vielen Fällen vertreten wir auch persönlich Menschen in diesen Verfahren. Andererseits informieren unsere SozialarbeiterInnen über soziale Themen, die mit dem Leben von MigrantInnen in der Tschechischen Republik zu tun haben (Versicherung, Unterkunft, soziale Unterstützung), und sie helfen

anerkannten Flüchtlingen beim Umgang mit den Behörden.

Keine politischen Rechte

Politische Partizipation von MigrantInnen und Flüchtlingen ist in der Tschechischen Republik problematisch bzw. kaum existent.

Politische Partizipation im engeren Sinne, nämlich das aktive und passive Wahlrecht, ist für AusländerInnen gesetzlich unmöglich. AusländerInnen, sogar solche mit permanentem Aufenthaltsrecht, haben keine politischen Rechte in der Tschechischen Republik. Das aktive und passive Wahlrecht haben nur tschechische StaatsbürgerInnen. AusländerInnen sind deshalb von der Möglichkeit der Gründung einer politischen Partei ausgeschlossen und können auch nicht Mitglied einer solchen sein.

Entsprechend dem Gesetz zu politischen Parteien und Gruppen haben nur tschechische StaatsbürgerInnen das Recht auf Mitgliedschaft in einer politischen Partei.

So kommen wir zweitens zu einer Möglichkeit von Partizipation für MigrantInnen, die ich „Einbindung in die Gemeinschaft“ nennen würde. Klarerweise gibt es auch religiöse Gruppen, wo MigrantInnen beitreten können, aber das gibt ihnen nicht die Möglichkeit, in eine größere Gemeinschaft integriert zu werden und zu partizipieren.



Von links nach rechts:
Helen Schwenken
(Universität Kassel),
Selma Muhić-
Dizdarević (Karls-
Universität, Prag),
Zemikael Habte-
Mariam (ERAD
Kordinator)

Vereinsrecht

Entsprechend dem tschechischen Vereinsgesetz haben die BürgerInnen das Recht sich in verschiedenen Gruppen, Vereinen, Gewerkschaften oder Kammern zusammen zu schließen. Und es gibt nur wenige Einschränkungen dieses fundamentalen Rechts. Klarerweise darf der Gegenstand des Vereins nicht im Widerspruch zu Demokratie und Gesetz in der Tschechischen Republik stehen. Er darf nicht auf die Einschränkung der Menschenrechte und der Freiheit anderer zielen und kann keine hoheitlichen Funktionen ausüben. Nur in derartigen Fällen kann das tschechische Innenministerium die Registrierung eines Vereins verbieten.

Da das Vereinsgesetz ein Verfassungsgesetz ist, ist es auch Fremden erlaubt, sich zusammen zu schließen. Es gibt jedoch eine spezielle gesetzliche Regelung für diese Gruppe und die Einschränkungen sind größer. Mindestens zwei Mitglieder der Organisation müssen ein permanentes Aufenthaltsrecht haben, was neben anderen Ausländern auch anerkannte Flüchtlinge erhalten (nicht jedoch AsylwerberInnen). Die Organisation darf sich

nicht politische Partizipation zum Ziel setzen. Obwohl also solche Zusammenschlüsse theoretisch möglich sind, gibt es sie in der Praxis kaum. Es gibt eine Flüchtlingsorganisation in Prag. So bleiben die NGOs, die mit Fremden oder Flüchtlingen arbeiten, einziges Sprachrohr für die Anliegen von Flüchtlingen oder MigrantInnen.

Ein zusätzliches Problem in der tschechischen Republik ist die geringe Entwicklung der Zivilgesellschaft. Wie mein Kollege vom British Refugee Council dargelegt hat, hat Partizipation verschiedene Stufen. Und wenn wir uns an die Leiter erinnern, die er uns vorgestellt hat, so muss ich sagen, dass die tschechische Gesellschaft selbst kaum die Leiter erreicht hat. In dieser Atmosphäre ist es für Flüchtlinge und MigrantInnen noch einmal schwerer, auf diese Partizipations-Leiter zu kommen.

Unser Ziel ist es, Flüchtlinge und andere AusländerInnen, die in der Tschechischen Republik leben, zu unterstützen und ihre benachteiligte Position in der tschechischen Gesellschaft zu verbessern und so hoffentlich eine nachhaltig bessere

Position für MigrantInnen und Flüchtlinge zu erreichen. Dabei arbeiten wir auf formeller und informeller Ebene daran.

Auf formeller Ebene geht es um die Änderung der gesetzlichen Situation, die das wesentliche Hindernis ist. Z.B. nehmen wir an verschiedenen Regierungskommissionen teil oder wir kämpfen gegen geplante Gesetzesänderungen, die in Übereinstimmung mit den jüngsten Trends der europäischen Politik die Lage für Flüchtlinge und AusländerInnen verschlechtern.

Wir versuchen, Medien für diese Themen zu interessieren. Die Arbeit auf formeller Ebene gestaltet sich sehr schwierig, da NGOs keine gefragten Gesprächspartner sind, wenn es um neue Gesetze geht. Ich werde Ihnen ein Beispiel dazu aus dem letzten Jahr geben: Das Innenministerium plante ein neues Gesetz, das einige Aspekte des Asylprozesses verschlechtern und gleichzeitig auch Nachteile für AusländerInnen bringen sollte. Es brauchte die intensive Zu-

sammenarbeit von 10 NGOs, die gemeinsam einen Bericht veröffentlichten, um die Aufmerksamkeit von zumindest einigen wenigen Medien auf die Probleme zu lenken. Erst so konnte erreicht werden, dass doch einige der Punkte weggelassen wurden.

Informelle Ebene – Wir versuchen, die Aufmerksamkeit der Gesellschaft zu erhöhen, sodass wenigstens die Existenz einer solchen Gruppe im Land zur Kenntnis genommen wird. Dazu gehören das Feiern eines Flüchtlingstages in der Öffentlichkeit, der Versuch Information über diese Community in die Medien zu bringen, sie als Menschen darzustellen die ein hohes Potential für die Entwicklung unserer Gesellschaft mitbringen. Daher machen wir:

- Vorträge für Behörden zu diesem Thema
- Vorträge an Universitäten zur Stellung von MigrantInnen und ihren sozialen und rechtlichen Schwierigkeiten



tschechische republik

- Hilfe in individuellen Fällen bei der Integration

Probleme

Neben der geringen Finanzierung von NGOs möchte ich ein paar Probleme anführen, die es uns erschweren, unsere Ziele zu erreichen.

Einmal das Fehlen einer wirklichen Integrationspolitik: Die Behörden gehen davon aus, dass der Integrationsprozess, den sie fördern, erst mit dem permanenten Aufenthaltsrecht beginnen soll. Aus unserer Sicht stimmt das nicht, da es viele Leute auch ohne permanentes Aufenthaltsrecht gibt, die integriert werden sollten. Viele von diesen werden irgendwann permanentes Aufenthaltsrecht bekommen, jedoch ohne großes Interesse am tschechischen Integrationsplan, da sie sich bis dahin bereits ohne Hilfe des Staates mit vielen Problemen herumgeschlagen haben, oft mit nicht wünschenswerten Mitteln wie Arbeit ohne Arbeitserlaubnis oder die Inanspruchnahme von kostspieligen Diensten zweifelhafter Agenturen bei der Beschaffung der notwendigen Papiere und im Umgang mit den Behörden.

Dazu kommt mangelndes Interesse der Gesellschaft oder eine ziemlich negative Sicht auf AusländerInnen und auch mangelndes Interesse seitens der MigrantInnen und der Flüchtlinge selbst.

Was können wir tun und was können wir besser machen?

Mit den Informationsstufen der Partizipationsleiter weiter kommen. Ziel müsste sein, zu einer Ebene zu gelangen, wo Flüchtlinge und MigrantInnen nicht passive Hilfesempfänger sind, sondern aktiv für ihre Rechte kämpfen.

Flüchtlinge und AusländerInnen sichtbar machen – in den Medien, in der Ge-

sellschaft, aber auf eine positive Art, nicht nur als Opfer, die wir beschützt haben und denen wir zu einem besseren Leben verholfen haben. Sie müssen als eine heterogene Community präsentiert werden, die viel anzubieten hat.

Förderung von Zusammenschlüssen – nicht nur zum Zweck politischer Partizipation, jeder Zweck ist für die Community von Nutzen.

Stärkere Konzentration auf die politische Ebene – speziell auf der EU-Ebene.

Der Beitrag von Helen Schwenken „Framing women migrants' rights. The case of migrant domestic workers in the European Union“ überstieg durch seine Länge die Möglichkeiten dieser Publikation, Sie können ihn auf unserer Homepage unter www.asyl.at/projekte/node/schwenken_txt.pdf nachlesen.

Eva Holá, studierte an der Rechtsfakultät der Westböhmischen Universität und hat sich dort auf Menschenrechtsfragen konzentriert. Außerdem arbeitete sie 2005 als Freiwillige bei Amnesty International und begann ihre Arbeit als Rechtsberaterin. Seit damals trifft sie sich täglich mit AsylwerberInnen, entweder in Beratungsbüros in Prag, aber auch in Wohnanlagen oder in Gefangenenlagern. Sie repräsentiert AsylwerberInnen im Asylverfahren.